



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/97

26. April 1951.

Hinweise  
auf den Inhalt:

---

Eine längst fällige Debatte	S. 1
Neuer Druck Moskaus auf Finnland	S. 3
Die neue Korea-Offensive	S. 3
Baumgartner in der Bonner Koalition	S. 5

---

## Gegen den Extremismus

(sp) Die grosse Bundestags-Debatte über die Gefahren des Extremismus stand fast spürbar vor dem Hintergrund jener bitteren Erfahrung, die die erste Deutsche Bundesrepublik mit ihrer vernängnisvollen Schwäche gemacht hat und die ihr schliesslich den Tod gab. Der Wille, eine Wiederholung zu verhindern, kam einheitlich zum Ausdruck, leider nicht einheitlich stark. Doch ist zu hoffen, dass diese Unterschiede, wenn sich die Verhältnisse noch weiter zuspitzen sollten, nicht entscheidende Bedeutung bekommen.

In der Debatte des Bundestages lag das Schwergewicht bei der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Es wiederholte sich die klare Stellungnahme, die bereits am 9. März, damals in noch repräsentativerem Rahmen, gegen die kommunistischen Täuschungsversuche abgegeben worden war. Die ostzonalen Machthaber haben sich nicht mit der damaligen Niederlage begnügt, sie haben sich schliesslich, nachdem jenes von ihnen gewünschte "gemeinsame deutsche Gespräch" nicht zustande gekommen war, eine Volksbefragung als neues Mittel, von sich reden zu machen und propagandistische Erfolge zu erzielen, ausgedacht. Die Fragen sind rein suggestiv und absolut verlogen. Man kann es ganz einfach sagen: die Frage: "Bist Du gegen die Remilitarisierung?", soll das Ja zu der dauernden, dringend erhofften Wehrlosigkeit des Westens gegenüber dem hochgerüsteten Osten bringen. Die

Frage: "Bist Du für einen Friedensvertrag noch 1951?" soll das Ja zur Oder-Neisse-Linie als der zukünftigen Grenze und die Zustimmung zu einem Frieden nach sich ziehen, der ein russischer Friede wäre. "Parteien wie Regierungen werden nicht nach ihren Programmen und Bekanntmachungen, sondern nach dem Ergebnis ihrer Tätigkeit beurteilt", wurde als eine bolschewistische Maxime zitiert. Das trifft haargenau für die östlichen Machthaber zu; ihre friedlichen Parolen stehen in schroffem Widerspruch zu ihrer ausschliesslich auf Gewalt abgestellten Politik.

Die Bundesregierung ist nach der Erklärung des Innenministers zu durchgreifenden Massnahmen aufgrund zweier gesetzlicher Unterlagen entschlossen. Im Artikel 9, Abs. 2 des Grundgesetzes heisst es: "Vereinigungen, deren Zweck oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmässige Ordnung gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten". Diese verfassungswidrige Absicht ist von massgebender SED-Seite mehrfach offen zugegeben worden, am klarsten vielleicht in jener bekannten Interpretation Ulbrichts, "nationaler Widerstand bedeutet, dass keine Anweisungen von Bonn oder des Berliner Oberbürgermeisters als gültig anerkannt werden können". Zu diesem nationalen Widerstand aber ist durch Organe der SED in Westdeutschland immer wieder aufgefördert worden.

Der Paragraph 5 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes besagt: "die Bundesregierung kann, wenn ein Angriff auf die verfassungsmässige Ordnung des Bundes erfolgt, den obersten Landesbehörden die für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund auf dem Gebiete des Verfassungsschutzes erforderlichen Weisungen erteilen". Der Minister hat hinzugefügt, dass die Bundesregierung entschlossen sei, selbst einzuschreiten, falls es sich herausstellen sollte, dass irgend ein Land mit den Staatsfeinden nicht fertig werden wird. Hoffentlich bleibt es nicht bei starken Worten.

"Wir müssen die Angst der westdeutschen Bevölkerung vor einem neuen Krieg bis zur Panik steigern", hat Franz Dahlen vom SED-Politbüro gesagt. Das ist der Sinn der ganzen Übung. Auf diese Weise soll die Bevölkerung völlig durcheinandergebracht und sollen die Fundamente der jungen Republik unterminiert werden. Dagegen wird man sich mit mehr Entschlossenheit wenden müssen, als sie vor 20 Jahren aufgebracht wurde. Niemals darf eine formale Unzulänglichkeit, wie sie vielleicht in dem einstweiligen Mangel an einem Bundesverfassungsgericht gesehen werden mag, den Kampf gegen die erklärten Staatsfeinde behindern.

Neuer Moskau-Druck auf Finnland

K.R.K.Helsingfors, im April.

In Finnland erregt es einiges Aufsehen, dass sich der Ton der russischen Presse gegenüber Finnland wiederum verschärft. Man erinnert sich, dass die finnische Kommunistenpartei vor kurzem reorganisiert worden ist und dass die Gauleiterin Hertta Kuusinen neue Weisungen und Vollmachten aus Moskau erhalten hat. Parlamentswahlen sollen im Juli durchgeführt werden. Heute schon setzt Moskau den Hebel an, um die Wahlen entsprechend zu beeinflussen.

Die "Prawda", das Sprachrohr des Politbüros, schreibt in einer seiner letzten Ausgaben, dass die finnische Sozialdemokratie als Agent der amerikanischen Aggressoren auftrete. Das Blatt wirft dem ehemaligen sozialdemokratischen Führer und von Moskau bestgehassten Vainö Tanner vor, er bereite im Auftrage der Amerikaner eine Änderung der finnischen Politik vor und habe mit amerikanischen Vertretern den Ausbau des amerikanischen Spionagewesens in Skandinavien beraten. Die Arbeit der sozialdemokratischen Gewerkschafter in Finnland bewege sich auf der gleichen Linie. Immer mehr Gerichte seien bereit, Besitzer heimlicher Waffenlager und Faschisten freizusprechen. Der sozialdemokratische Verteidigungsminister Skog unterstütze diese Erscheinung und helfe ausserdem bei der Errichtung von faschistischen Vereinigungen der Reserveoffiziere.

Die Zahl der Prawda-Behauptungen entspricht genau der Zahl der Prawda-Lügen. Aber auf Wahrheit kommt es Moskau ja gar nicht an, sondern nur auf Einschüchterung. Hertta Kuusinen ist zufrieden.

+ + +

Die neue Korea-Offensive

Von sachkundiger Seite wird uns geschrieben:

Für die UNO-Front in Korea kam die neue kommunistische Offensive nicht unerwartet; die Vorbereitungen dazu waren seit Wochen beobachtet und in einer manchmal zu dramatischen Form der Weltöffentlichkeit mitgeteilt worden. Es fehlt also das für jede Offensive so wichtige Überraschungsmoment; Überraschungen kann es jetzt nur mehr hinsichtlich der Stärke der Kommunisten geben. Aber General Ridgway, bis vor kurzem Kommandierender General an der Front, seit McArthur's Sturz Oberbefehlsh-

haber in Korea, hat sich in den vier Monaten, da er die Front befehligte, als vorsichtiger Mann erwiesen und man kann darum annehmen, dass er entsprechend vorgesorgt hat, um vor Katastrophen bewahrt zu bleiben.

Nach den bisherigen Erfahrungen hilft den Kommunisten nur eine aus der Bewegung herbeigeführte Entscheidung, die ausserdem rasch fallen muss. Mit dem Augenblick, da die Kommunisten gezwungen würden, ihre Offensiv-Kraft im frontalen Einsatz zu verschleissen, müsste sich die materielle Überlegenheit der UNO-Truppen auswirken. Darum haben die Kommunisten gleich am ersten Tage "weiche Stellen" in der UNO-Front gesucht, um sie an geeigneter Stelle zu durchbrechen und durch Umfassungen aus den Angeln zu heben. Die wenigsten Chancen hat diese Absicht an der östlichen Flanke der 200 km langen Front, weil dort infolge des Fehlens ausreichender Kommunikationen ein eventueller Durchbruch nicht rasch genug ausgewertet werden könnte. Dagegen hätte ein Keil durch die Mittelfront grössere Chancen, weil er der kommunistischen Führung die Möglichkeit gäbe, entweder nach Westen oder nach Osten oder, falls genügend Kräfte vorhanden sind, nach beiden Seiten die UNO-Front aufzurollen. Dieser Keil wurde angesetzt; der nach anfänglichen Erfolgen durchgebrochene Gegner konnte aber aufgefangen und die Einbruchsstelle abgeriegelt werden. Darauf hat die kommunistische Führung das Schwergewicht auf den westlichen Flügel verlegt.

Dieser auf Seoul zielende Stoss birgt für die UNO-Front die grössten Gefahren in sich. Nicht, weil es um die ehemalige Hauptstadt Südkoreas geht - als fester Platz ist die Trümmerwüste von Seoul uninteressant geworden. Seoul aber beherrscht die wichtigsten Kommunikationen nach allen Richtungen, ein dort mit ausreichenden Kräften geführter Stoss nach Süden und Südosten könnte heikle Situationen für die UNO-Armee herbeiführen.

Die kommunistische Offensive ist im Anlaufen, sie hat noch nicht ihren Höhepunkt erreicht. Es wäre daher verfrüht, heute schon etwas über die Aussichten des geplanten Durchbruchs nördlich von Seoul zu sagen. Immerhin kann als beruhigend hingenommen werden, dass die UNO-Truppen in einem ihnen vertrauten Gelände kämpfen, das heute noch ihren motorisierten Einheiten Beweglichkeit erlaubt und somit die Möglichkeit bietet, gefährdete Frontstellen rasch zu stützen. Von Wichtigkeit ist dabei, dass die Strasse Seoul-Chunchon als Rochadelinie für Schwergewichts-Verlagerungen zwischen Mittel- und Westfront in ihrem Besitz bleibt.

Adenauers neuer Partner  
-----

(sp) Die erwartete Arbeitsgemeinschaft zwischen CDU-CSU und Bayernpartei in Bonn ist verwirklicht. Aus Münchens kommentierte Dr. Baumgartner vorsorglich: hochpolitische Fragen blieben auch in Zukunft der Landesleitung der BP vorbehalten. In Bonn gehe es nur um die "Zusammenarbeit in technischen und taktischen Fragen. Genau so sehen wir die Arbeitsgemeinschaft. Bei einer Koalition, die nur noch aus rein taktischen und technischen Gründen zusammengeschalten wird, jedoch keine politische Einheit im Programm mehr darstellt, konnte es nicht ausbleiben, dass die CDU-CSU sich um eine Rückversicherung für die Fälle kümmert, in denen FDP und DP geschlossen oder teilweise die CDU-CSU nicht unterstützen.

Die 13 Stimmen der Bayernpartei sind nicht viel, aber sie können wichtig sein, wenn ein Partner der CDU-CSU durch Stimmenthaltung, durch Freigabe der Abstimmung innerhalb der Fraktion oder durch eine grundsätzlich andere Meinung, die Regierungsmehrheit gefährdet. So überrascht es nicht, dass Dr. Adenauer gerne auf das Angebot einging. Dr. Seelos, der sich erst privat und später auch parteiamtlich um die begrenzte Partnerschaft bemühte, wird das kleine Türchen, das da dem Bundeskanzler zum vorsichtigen Betreten bisher rein bayerischer Räume geöffnet wurde, zu hüten haben. Hoffen wir, dass die damit verbundene u.k.-Stellung von Dr. Seelos in Bonn nicht seine dem Auswärtigen Dienst geltenden Ambitionen beeinträchtigt.

Wie die Zusammenarbeit zwischen der gesamten Koalition und der neuen Arbeitsgemeinschaft sein wird, ist eine müssige Frage; denn nur von Fall zu Fall wird das Ausmass der Zusammenarbeit geklärt werden können. Ob es nicht zu einer inoffiziellen Fraktion aus Bayernpartei und CSU kommen muss, wird nicht zuletzt die weitere Entwicklung in Bayern entscheiden. Laufen die Dinge dort so, wie es Dr. Kundhammer möchte, so könnte sich für die CDU in Bonn die Arbeitsgemeinschaft leicht als ein Kuckucksei erweisen. Mag sein, dass die Männer der bayerischen Volksaktion die Sache bereits heute so sehen und über eine spätere Regierungsbeteiligung der BP in Bonn auch eine Veränderung der Koalition in München erhoffen. Gewiss geht die Bayernpartei nicht mit der Absicht in die Arbeitsgemeinschaft, Bundeskanzler Dr. Adenauer und der CDU zu beweisen, dass Dr. Baumgartner und seine Männer

"gute Föderalisten" im Sinne der Bundesregierung sind. Ebenso wenig, um der sozialdemokratischen Opposition gegen den Schuman-Plan entgegenzutreten. Dazu liegen die konkreten Anfänge der neuen Partnerschaft schon viel zu weit zurück.

Es ist eine "technische und taktische" Gemeinschaft, in der jede Seite die andere zu überspielen hofft. Die CDU beweist immerhin einigen Mut dadurch, dass sie auf die Arbeitsgemeinschaft eingegangen ist, steht sie doch bei schwindender Anhängerschaft in den Ländern bereits der Gefahr gegenüber, bekannte Mitglieder an das Zentrum zu verlieren. Nun erleichtert man in Bonn auch den Werbemännern der Bayernpartei das Handwerk. Oder gibt sich die CDU-CSU angesichts der Vielzahl der Meinungen bereits in ihren Reihen der Illusion hin, sie könnte "einen massigenden Einfluss" auf die EP ausüben? Das wird sie bestimmt nicht tun. Doch der Bundeskanzler braucht Stimmen im Parlament. Für die CDU Grund genug, künftig eine politische Meinung mehr, die den Auffassungen der anderen Partner widerspricht, im Zick-Zack-Kurs der Regierung zu berücksichtigen.

+ + +

#### Nachrichten aus der Ostzone:

##### Sozialfonds nicht mehr notwendig

(sp) Auf Anweisung der Regierung der DDR sind die Sozialfonds in den Haushaltsplänen der Behörden und Körperschaften gestrichen worden. Eine Begründung für diese Massnahmen wurde nicht gegeben.

##### Entlassungen wegen Rohstoffmangel

(sp) In der Wirtschaft der Sowjetzone geht im Augenblick eine grosse Entlassungswelle vor sich, die auf den Mangel an Rohstoffen zurückzuführen ist. In der Dessauer SAG Maschinenfabrik Polysius wurden 25 Prozent der Belegschaft auf die Strasse gesetzt. Die Dessauer Waggonfabrik hat einen grossen Teil der Belegschaft beurlaubt, einen anderen entlassen. Noch vor kurzem war in diesen Schwerpunktbetrieben ein Lösen des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeitgeber nicht möglich, jetzt erfolgt auf Wunsch die sofortige Entlassung.

##### Die Länder müssen die FDJ finanzieren

(sp) Die Länder der Sowjetzone müssen für die "Weltjugendspiele" insgesamt etwa 10 Millionen DM aufbringen, die im Haushalt nicht ausgewiesen zu werden brauchen.

-----  
Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt